

Autobahn A 281 – der Kampf geht weiter

AUTOBAHNRING Nach den Kämpfen der letzten Jahre haben die Bürgerinitiativen aus Obervieland kaum Vertrauen in die Politik. In den nächsten Monaten geht es um den Flächennutzungsplan

Haben Sie Vertrauen in die Politik? Das ist des Pudels Kern, der im Hintergrund des aufgeregten Streites um den Weiterbau der Autobahn A 281 steht. „Wir hoffen das Beste“, sagt Günter Franz von der Bürgerinitiative Huckelriede sehr diplomatisch.

Nach monatelangen Verhandlungen und einem gewonnenen Gerichtsverfahren gegen Bausenator Reinhard Loske (Grüne) hatten die Bürgerinitiativen durchgesetzt, dass das wegen seiner extremen Größe als „Monsterknoten“ bezeichnete Autobahnkreuz aus den Planungen des Bausenators verschwindet und dass keine Anbindung der Autobahn nach Stuhr entlang der Wohnsiedlung Wolfskuhle infrage kommt. In den kommenden Monaten soll der Flächennutzungsplan geändert werden. Gestern gab es eine Pressekonferenz, auf der die Koalitionsvertreter Jürgen Pohlmann (SPD) und Ralf Saxe (Grüne) versicherten, der per Senatsbeschluss fi-

xierte Kompromiss mit den Bürgerinitiativen werde umgesetzt. „Den Abzweig nach Stuhr wird es unter der Landebahn des Flughafens hindurch geben – oder gar nicht“, erklärten beide.

Diese Klarstellung war notwendig geworden, weil der grüne

Autobahn A 281

1995 wurde mit dem Bau einer Stadt-Autobahn im Bereich der Bremer Industriehäfen begonnen. Von den 20 zu bauenden Kilometern dieser „A 281“ sind sieben fertig. Die Finanzierung des Weser-Tunnels steht noch in den Sternen. Konsens gibt es über das Teilstück, das von der A 281 am Flughafen in den Arster Zubringer führen soll – ohne „Monsterknoten“. Strittig bleibt die Frage, wie ein möglicher Abzweig nach Stuhr gebaut werden könnte: preiswert an der Wolfskuhlen-Siedlung vorbei oder – teuer – unter der Landebahn hindurch. **KAW**

Bausenator beim Bundesverkehrswegeplan doch wieder den Abzweig an der Wohnsiedlung entlang als „Option“ angemeldet hatte. Offensichtlich konnte sich die Hausspitze gegen die Interessen der eigenen Fach-Verwaltung nicht durchsetzen, die die alten Pläne mit Hilfe des Bundesministeriums durchsetzen will.

Was nicht im gültigen Flächennutzungsplan als Option eingetragen ist, darf nicht gebaut werden, erklärten dagegen die beiden Parlamentarier gestern. Und diese Rechtsgrundlage für alle Planungen beschließt die Bürgerschaft und niemand sonst. Konkret: „Wenn der Bausenator uns eine Änderung des Flächennutzungsplans vorlegen sollte, in dem diese von uns nicht gewollte Trasse enthalten ist, dann werden wir das nicht beschließen“, versichert Pohlmann und der Grüne Ralf Saxe nickt.

Und? Wird er? Die Spekulationen der rot-grünen Parlamentarier gestern ließen beides erwar-

ten: Komisch wäre es, wenn der Bausenator in Berlin eine Option beim Bundesverkehrswegeplan anmeldet, sie aber in Bremen nicht für den Flächennutzungsplan vorschlägt. Genauso komisch wäre es, wenn der Bausenator einen Flächennutzungsplan vorschlägt, der sowohl einem Senats- wie einem Bürgerschaftsbeschluss widerspricht.

Am kommenden Mittwoch werden die Änderungen des Flächennutzungsplanes einer Einwohnerversammlung erläutert. Da geht es nur um die Skizze für die Einmündung der A 281 in den Arster Zubringer, nicht um die Anbindung nach Stuhr. Dafür stehe, und das seit 25 Jahren, nur die Trasse unter der Landebahn hindurch im Plan, sagt der zuständige Mitarbeiter des Bauresorts. Und es gebe keinen Grund, daran etwas zu ändern.

KLAUS WOLSCHNER

Einwohnerversammlung Mittwoch, 20. 8., 19 Uhr, Schule Leibnizplatz